

Wirkt die Juniorwahl?

Sibylle Reinhardt



Sibylle Reinhardt,
GWP-Herausgeberin

1. Änderungen des Wahlrechts und die Auswirkungen

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist das Wahlalter mehrfach gesenkt worden, in zahlreichen Bundesländern können inzwischen 16-Jährige an Kommunalwahlen teilnehmen. Die erste Landtagswahl mit 16 Jahre alten Jungwählern fand im Mai 2011 im Land Bremen (Wahl der Bürgerschaft) statt, andere Länder werden folgen. Das zentrale Argument für die Herabsetzung des Alters zur Ausübung des Wahlrechts ist der allgemeine und fundamentale Charakter dieses politischen Grundrechts, das nur mit gewichtigen und allseits geteilten Gründen verweigert werden dürfe (Hoffmann-Lange/deRijke 2010: 91f.). Häufig werden an die Senkung des Wahlalters auch die Hoffnungen geknüpft, dass dies das politische Interesse und Engagement junger Menschen fördern und damit Politikverdrossenheit vermindern könne, und zwar durch den stärkeren aktiven Einbezug der Jüngeren und auch durch die stärkere Rücksichtnahme der Politik auf die Belange dieser Bevölkerungsgruppe (S. 77).

Die Daten zur Wahlbeteiligung und Umfragedaten stützen die Hoffnungen auf eine aktivere politische Kultur aber nicht: Die Gruppe ist viel zu klein, als dass sie auch nur den Anstieg des durchschnittlichen Lebensalters der gesamten Wählerschaft kompensieren und das politische Gewicht für Jüngere verschieben könnte. Das politische Interesse werde kaum erhöht werden, denn dieses sei „primär lebenszyklisch bedingt und hängt weniger von den tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten“ ab (S. 93). Tatsächlich steigt das politische Interesse im Jugendalter stetig an, und zwar bis zu einem Alter von 30 Jahren (S. 80). Die Beteiligung an Bundestagswahlen zeigt konstant ein Erstwähler-Defizit gegenüber der Gesamtwählerschaft, das noch vom Zweitwähler-Defizit übertroffen wird (dies wird mit der Änderung der Lebenssituation vieler jüngerer Menschen im Alter von ca. 20 Jahren erklärt, durch den Wegzug von den Eltern und das Ende schulischer Bildung, S. 89). Die jungen Generationen seien zudem Vorreiter der allgemeinen Trends der Abnahme der Wahlbeteiligung und der Zunahme der Schwankungen im Wählerverhalten (Volatilität, S. 84). Diese niedrigere Wahlbeteiligung und das Wechselwählen sind

ausgeprägter bei Personen ohne Partei-identifikation, die langfristig ohnehin sinkt und wiederum bei jungen Leuten weniger ausgeprägt ist als bei älteren. Der Konsequenz, dass die Wahlbeteiligung wahrscheinlich durch die Senkung des Wahlalters abnehmen werde, „muss man sich (...) bewusst sein“ und man dürfe nicht anschließend klagen (S. 93)

Solche empirischen Daten sind natürlich nicht für alle Zukunft festgeschrieben und sie berühren das normative Argument des allgemeinen Wahlrechts für jüngere Staatsbürger ohnehin nicht. Die Erfahrungen und Befürchtungen haben vor der ersten Landtagswahl mit 16-Jährigen in Bremen (das sind die Städte Bremen und Bremerhaven) im Frühsommer 2011 dazu beigetragen, dass vielfältige Aktionen das neue Wahlalter und das neue Wahlrecht mit fünf Stimmen popularisieren sollten. Zu diesen Aktionen gehörte auch die breit eingesetzte Juniorwahl, die mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 und 17 Jahren erreichte (Kumulus 2012: 6), also deutsche und ausländische Jugendliche. In den vergangenen Jahren sind mehrere Aktiv-Szenarien für Lernende entwickelt worden, die die politische Partizipation und ein Finden politischer Identität durch junge Staatsbürger unterstützen sollen (Reinhardt 2013): Juniorwahl (www.juniorwahl.de), U18 (www.u18.org), Wahl-O-Mat (www.bpb.de/lernen), Jugend debattiert (www.jugend-debattiert.de), Jugendparlamente (Burdewick 2011) und neuerdings auch Schüler als Wahlaufrufer (Szukula/Krebs 2013). Der empirische Nachweis der Wirksamkeit fehlt für alle diese Wege des Einbezugs Jugendlicher, aber für die Juniorwahl gibt es einige Indizien für ihren positiven Einfluss.

2. Die Juniorwahl – Unterricht und simulierter Wahlakt

Träger der Juniorwahlen ist Kumulus e.V. in Berlin, den im konkreten Einzelfall zahlreiche Kooperationspartner unterstützen, 2011 in Bremen u.a. die Bremische Bürgerschaft, die Landeszentrale für politische Bildung und die Senatorin für Bildung und Wissenschaft. „Über einen Zeitraum von ca. vier Wochen waren rund 13.400 Schülerinnen und Schüler dazu aufgerufen, sich im Unterricht mit dem Thema „Wahlen und Demokratie“ zu beschäftigen und abschließend in der Woche vor den Wahlen diese als klassische Papierwahl zu simulieren.“ (Kumulus 2012: 2)

Den Schulen werden Materialien zu der anstehenden Wahl zur Verfügung gestellt, die kurze und lange Unterrichtseinheiten zur Auswahl enthalten. Der Höhepunkt ist dann der Wahlakt in der Woche vor der Wahl, dessen Ergebnis am Wahltag um 18 Uhr elektronisch veröffentlicht wird. Die Teilnahme der Schüler ist natürlich freiwillig und für die Schulen kostenlos. Im Land Bremen wurden die Schulen während des Projektes persönlich betreut, Schülerinnen und Schüler organisierten den Wahlakt, legten Wählerverzeichnisse an und verteilten Wahlbenachrichtigungen. Allen interessierten Schulen konnte die Teilnahme ermöglicht werden. In Bremen und Bremerhaven nahmen 84 Schulen aller Schulformen (außer Grundschulen) teil, das sind „nahezu alle weiterführenden Schulen“ (S. 26), die Wahlbeteiligung betrug 81,6 Prozent (S. 6). Die Schulen erhielten für die Nachbereitung im Unterricht auf dem Postweg eine Broschüre mit den anonymisierten Einzelergebnissen aller Schulen und geordnet nach Bereichen der Städte (S. 8). Der logistische und didaktische Aufwand ist groß, die Juniorwahl in Bremen war

die erste fast flächendeckende Vorbereitung und Simulation einer Landtagswahl.

3. Daten zur Wirksamkeit in Bremen 2011 und 2007

a) Lehrerbefragung 2011

Der Verein Kumulus hat nach der Juniorwahl die teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer befragt und von 44 Befragten ihre Einschätzungen erhalten (Rücklaufquote ca. 50 Prozent). Die Lehrer stufen die Juniorwahl als organisatorisches Projekt extrem positiv ein: die Hilfestellungen für die Organisation waren sehr funktional, der Wahlakt lief reibungslos, die Projektorganisation wird in Qualität und Zuverlässigkeit sehr hoch bewertet, die Juniorwahl lässt sich praktikabel und gut in den Schulalltag einbinden (Kumulus 2012, S. 18-24). Auch die didaktische Dimension erhielt sehr hohe Zustimmung. Im Durchschnitt wurden 6 1/2 Unterrichtsstunden für die Vorbereitung vornehmlich in Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde verwendet (S. 10f.). Fast alle Befragten beurteilten das Begleitmaterial als (sehr) hilfreiche Ergänzung für den Unterricht (S. 14), als ansprechend und als funktional im Aufbau (S. 17). Die Wirkung auf die Lernenden stellte sich den Lehrenden so dar: Die Kenntnisse zum Thema „Wahlen und Demokratie“ waren nach der Juniorwahl erheblich besser, wobei niemand mehr bei auch nur einem Schüler „keine“ oder fast keine Kenntnisse sah, stattdessen wurden fast alle Lerner im Bereich 1-4 einer Zehner-Skala verortet. Das Interesse für das Thema „Wahl“ wurde im Vergleich zum normalen Unterricht ganz erheblich gesteigert, auch berichteten Lehrende von begeisterten Rückmeldungen ihrer Schüler, die auch von Diskussionen mit Verwandten und Freunden erzählten. Als Konzept der politischen

Bildung wurde das Projekt (sehr) gut bewertet, was mit der Verbindung von Theorie und Praxis begründet wurde. Befragt, ob die Juniorwahl die Bereitschaft zukünftiger Erstwähler steigert, zur Wahl zu gehen, äußerten die Lehrenden recht positive Erwartungen. Alle antwortenden Lehrerinnen und Lehrer sagen, sie würden erneut an einer Juniorwahl teilnehmen wollen (S. 20-26).

Diese Ergebnisse sind herausragend, auch wenn man berücksichtigt, dass neuartige Projekte für Schulleben und Unterricht von den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern typischerweise positiv bewertet werden. Bei der Einschätzung der Einschätzungen gilt es, diesen Neuigkeitseffekt und den erheblichen „Rückenwind“ durch die Mobilisierung in den Bremer Institutionen und Medien zu berücksichtigen. Auch in zahlreichen beteiligten Schulen gab es neben der Juniorwahl weitere Aktionen wie Podiumsdiskussionen oder ‚Jugend debattiert mit Politikern‘. Eine Wiederholung dieser Ergebnisse sowohl in Bremen als auch erst recht in Flächenstaaten kann kein realistisches Ziel sein. Allen Beteiligten gebührt jedenfalls größte Anerkennung!

b) Daten der amtlichen Statistik 2011

„Welchen Einfluss (...) die Juniorwahl auf die Wahlbeteiligung von Erstwählern hatte(.), lässt sich nicht kausal nachvollziehen.“ (Probst 2012:34) Der Grund dafür sind die anderen Aktionen im Land und in den Schulen (so auch das Projekt ‚Demokratie macht Schule‘, der ‚Wahl-O-Mat‘ und die ‚Werder-Wette‘, a.a.O.). Auch war das Wahlrecht von der bisherigen Wahl nur einer Liste zur Abgabe von fünf Stimmen für Liste(n) und/oder Person(en) geändert worden (Morgenstern 2011), was die Wahlbeteiligung gefördert haben mag. Diese vielen möglichen Faktoren können nicht nach ihrem Einfluss getrennt werden.

Probst hebt hervor, dass die Wahlbeteiligung der Altersgruppe der 16- bis 20-jährigen Wähler deutlich über der Altersgruppe von 21-25 Jahren lag. Hier muss man allerdings bedenken, dass das Zweitwählerdefizit gegenüber der Wahlbeteiligung der Gesamtwählerschaft regelmäßig noch größer ausfällt als das Erstwählerdefizit (vgl. oben Punkt 1), und hieraus nicht auf eine Bremer Besonderheit geschlossen werden kann.

„Auch mit neuem Wahlrecht Rekordtief bei Wahlbeteiligung“ (Woyand 2011: 13) lautet das insgesamt enttäuschte Fazit, denn zwei Prozent weniger Bürgerinnen und Bürger als 2007 gingen 2011 zur Wahl, was die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1947 war. Das differenziertere Wählen (mit Kumulieren und Panaschieren) könnte allerdings einem noch stärkeren Sinken entgegengewirkt haben, denn in Migrantengruppen war wohl gezielt für die Wahl bestimmter Personen geworben und entsprechend gewählt worden.

„Die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre ist als Erfolg zu werten.“ (S. 14) Die jüngste Altersgruppe der Wähler war die einzige Gruppe, die ihre Wahlbeteiligung gegen den Trend steigern konnte. Die repräsentative Wahlstatistik liefert Ergebnisse nach Geschlecht und Altersgruppen (mit entsprechend gekennzeichneten Stimmzetteln in ausgewählten Stimmbezirken). Die erstmals an einer Bürgerschaftswahl teilnehmenden 16- bis 20-Jährigen gaben zu knapp 49 Prozent ihre Stimme ab und übertrafen damit die ca. 48 Prozent der 18- bis 20-Jährigen der Wahl 2007 und dies entgegen der insgesamt sinkenden Wahlbeteiligung (Habig 2011: 39). (Aus Gründen der Anonymisierung wird für die Bürgerschaftswahl die Altersgruppe von 16-20 zusammengefasst.) Dieses bemerkenswerte Ergebnis wird eventuell gestützt durch die um fast 10 Prozent höhere Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen bei der

Wahl der Beiräte 2011 im Vergleich mit 2007, als es für die Wahl der Beiräte schon das Wahlrecht für 16- und 17-Jährige gab (Kumulius 2012: 40f.).

Allgemein wird das erstaunliche Ergebnis, dass in der jüngsten Altersgruppe die Wahlbeteiligung anstieg, auf die vielfältigen Aktivitäten und dabei besonders auf die Juniorwahl zurückgeführt. Die Senatskanzlei (2012) erklärte die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen zum erfolgreichen „Exportgut aus Bremen“ und bezeichnete als „entscheidend für die Ansprache der Erstwählerinnen und Erstwähler“ das Projekt Juniorwahl. Zwar lässt sich diese Ursachenzuschreibung nicht methodisch zwingend nachweisen, aber das Projekt Juniorwahl ist pädagogisch überzeugend und die Zahlen sind Indizien für seinen positiven Einfluss.

c) Die Begleitforschung in Bremen 2007

Die Universität Bremen hat 2007 in einem beeindruckenden Lehrforschungsprojekt die damalige Juniorwahl begleitet, die in der Woche vor der Landtagswahl online durchgeführt wurde (Pötschke/Probst u.v.a. 2007). Kurz nach der Landtagswahl wurden 42 Lehrerinnen und Lehrer online befragt und vier wurden persönlich interviewt. Aus der beabsichtigten Stichprobe von Schulen und Vergleichsklassen (mit und ohne Juniorwahl) konnte ein Panel von 103 Schülern mit ihren Antworten in der Vorwahlbefragung und in der Nachwahlbefragung gebildet werden, die für manche Auszählungen durch weitere Befragte ergänzt wurden. Die Widersprüche des Feldzugangs (S. 7-10) erklären, dass Repräsentativität der Ergebnisse nicht beansprucht werden konnte.

Das Begleitmaterial und die Organisation der Juniorwahl wurden von den Lehrerinnen und Lehrern (sehr) positiv beurteilt (S. 20f.). Die Kennt-

nisse ihrer Schülerinnen und Schüler über die Landtagswahl waren nach Einschätzung der Lehrenden sehr gestiegen und auch das Interesse am Thema Landtagswahl (S. 24). Schließlich habe die Juniorwahl die Motivation bzw. die Bereitschaft der Jugendlichen (zwei getrennte Fragen), auch künftig wählen zu gehen, erheblich gesteigert (S. 22f.).

Diese sehr positiven Lehrer-Einschätzungen sehen die Autoren nicht in den Schülerantworten gespiegelt. Gefragt worden war nach der Beschäftigung mit dem Thema Wahlen im Unterricht der vergangenen Wochen, vier Antwortmöglichkeiten waren gegeben. 34 Prozent sagten, „ich fand es spannend“, 16 Prozent sagten: „Das Thema Wahlen war für mich sehr interessant“, 20 Prozent: „Der Unterricht war wie immer“ und knapp 30 Prozent sagten: „Es war kein besonderes Thema“. Also hatte die Hälfte sich uneingeschränkt positiv geäußert (spannend, sehr interessant), die andere Hälfte stufte den Unterricht bzw. das Thema als normal ein. Die Autoren werten, dass die Lernenden „den Unterricht zum Juniorwahlprojekt wesentlich zurückhaltender“ als die Lehrenden beurteilen (S. 30) und diese Antworten eine „ernüchternde Rückmeldung vieler“ Schüler und Schülerinnen darstelle (S. 81). Zweierlei ist hier anzumerken (abgesehen von der fehlenden Parallelität in den Frageformulierungen für Lehrer und Schüler): Lehrende beurteilen das schulische Geschehen in der Regel optimistischer als die Lernenden (dieser Punkt bleibt hier ohne Nachweis und müsste aus der Schulforschung belegt werden), so dass der Unterschied erst einmal nicht überrascht. Und die Unterstellung, dass alles besser sei als „gewöhnliche(r)“ bzw. „gewohnte(r)“ Unterricht (S. 81), hält normalen interessanten Unterricht für nicht denkbar (was nicht belegt ist), verkennt die Heterogenität von Unterricht (über den keinerlei Beobachtungen vorliegen)

und die Tatsache, dass Schülereinschätzungen nicht den Unterricht spiegeln, sondern die Reaktionen vermutlich heterogener Lernergruppen auf Unterricht(e) formulieren.

Einig waren sich die Lehrenden und die Lernenden in der geschätzten positiven Wirkung der Juniorwahl auf die Motivation der Jugendlichen, künftig wählen zu gehen. Knapp 60 Prozent der Lehrer vermuteten eine nennenswerte Steigerung und 60 Prozent der Schüler und Schülerinnen bezeugten diese Motivation (S. 23, 29, 30).

4. Die Begleitforschung zur Juniorwahl 2001 in Baden-Württemberg

Im Vorfeld der Landtagswahl im Frühjahr 2001 in Baden-Württemberg wurde den Schulen die Teilnahme an der Juniorwahl angeboten und diese Juniorwahl wurde wissenschaftlich begleitet (Gabriel/Neller/Hanke-Craner 2001). An der elektronischen Juniorwahl nahmen 16 Schulen mit einigen ihrer Klassen teil, 14 Schulen konnten für die Teilnahme an der Begleituntersuchung gewonnen werden. Aus den mehrstufig ausgewählten Klassen mit Juniorwahl wurden ca. 500 SchülerInnen zweimal befragt, aus den Parallelklassen ohne Juniorwahl wurden über 400 SchülerInnen zweimal befragt, und zwar mit sehr hoher Rücklaufquote und geringer Panelmortalität (Verluste bei der Wiederholung), was durch die Befragung im Unterricht zu erklären ist. Das Design war quasi-experimentell in zweifacher Hinsicht: die Klassen mit Juniorwahl (Experimental-Gruppe) wurden vor und nach der Wahl befragt und diese Klassen wurden mit Parallelklassen ohne Juniorwahl (Kontroll-Gruppe) verglichen.

Die Idee des Experiments, dass ein experimenteller Faktor (hier die Juniorwahl) isoliert und als Ursache für beobachtete Veränderungen identifi-

ziert werden soll, indem alle anderen möglichen Faktoren konstant gehalten werden (durch die Befragung derselben Personen vorher und nachher und durch die vermutete Ähnlichkeit der Kontrollgruppe mit der Experimentalgruppe), konnte „nicht ganz durchgehalten werden“, da an den beteiligten Schulen auch andere Aktivitäten zur Landtagswahl, z.B. Podiumsdiskussionen mit Politikern, stattfanden, die alle Lernenden erreichen konnten (S. 1-5). Einige Daten deuten auch auf eine mögliche Selbstselektion der Klassen mit Juniorwahl hin (am Anfang bessere Information über die Landtagswahl, mehr Information durch die Schule, bessere Kenntnis der Aufgabe der Landesregierung für die Gesetzgebung, bessere Kenntnis des Wahlverfahrens, S. 16, 19, 36, 39). Dies und einige Frageformulierungen und Antwortmuster (z.B. fehlende Werte) machen es bei manchen Ergebnissen schwer, die Bedeutung der Daten einzuschätzen. Auch die nicht mit empirischer Sozialforschung vertrauten Leser und Leserinnen werden sicherlich ahnen können, wie aufwändig ein solches Forschungsunternehmen ist! Nur ein Beispiel: wie organisiert man die Wiederbefragung ganz bestimmter Schüler und Schülerinnen und die präzise Zuordnung der Antworten, wenn das gesamte Verfahren anonym verlaufen muss? Trotz mancher methodischer Einschränkungen: Einige Ergebnisse sind klar.

1) Die Bedeutung der Identifikation mit einer Partei ist für das Wählen ein wichtiger Faktor. Da bei Jugendlichen (noch) weniger als bei Älteren eine solche Identifikation als Möglichkeit unterstellt werden kann, fragte die Untersuchung nach der sympathischsten Partei (Frage 31). Die Befragten der Experimentalgruppe gaben zu 19 Prozent vor der Juniorwahl an, keiner Partei zuzuneigen – aber nur noch

zu 7 Prozent nach der Juniorwahl. (Keine Änderung desselben Wertes in der Kontrollgruppe.) Dies lässt den „Schluss zu, dass die ausführliche unterrichtliche Behandlung zu einer besseren Einschätzung der eigenen Parteipräferenz führt“ (S. 24)

- 2) Die Sonntagsfrage kann ebenfalls ein Indiz für die Nähe zum Wählen darstellen (Frage 38). 22 Prozent der Experimentalgruppe äußerten vor der Juniorwahl „weiß nicht“ (fast genau so viele in der Kontrollgruppe), aber nur 7 Prozent nach der Juniorwahl (gewisse Änderung auch in der Kontrollgruppe). Der politische Standpunkt ist offensichtlich durch die Juniorwahl klarer geworden! Zugleich strahlte die Juniorwahl eventuell auf die Kontrollgruppe aus bzw. beide Gruppen wurden durch den Wahlkampf und die Berichterstattung insgesamt beeinflusst (S. 24-29).
- 3) Befragt nach Kontakten zu Parteien in ihrer Gemeinde/Stadt (Fragen 33+34), gaben die Befragten beider Gruppen eine Steigerung an, wobei die Gruppe mit Juniorwahl den höheren Zuwachs zeigte und besonders auf die Schule als Rahmen hinwies (S. 30-33).
- 4) Die Kenntnis der Spitzenkandidaten von CDU und SPD (Fragen 35+36) nimmt in der gesamten Gruppe erheblich zu, was auf die Ausstrahlung der Juniorwahl auf die nicht teilnehmenden Parallelklassen und / oder auf den Kontext der Wahl allgemein zurückgeführt werden kann (S. 33-35). Auch hier zeigt sich das methodische Problem, dass einzelne Faktoren in der sozialen Welt schwer oder kaum isoliert werden können.

Die Stuttgarter Begleitforschung, die nun schon lange zurückliegt, hat mit ihrem Versuch eines quasi-experimen-

tellen Designs ein methodisches Modell markiert. Für künftige Forschungen sollte daran angeknüpft werden und aus diesen Erfahrungen gelernt werden. Inhaltlich ist sehr klar ein positiver Effekt der Juniorwahl auf die Nähe zum Wählen und damit zum Ziel der Erhöhung der Wahlbeteiligung durch junge Wahlberechtigte gezeigt worden.

5. Ausblick

Die Juniorwahl mit ihrer Kombination von Unterricht und Simulation des Wahlakts ist ein intuitiv überzeugender Weg, jungen Menschen eines ihrer fundamentalen politischen Grundrechte näher zu bringen. Als didaktischer Zugang der Handlungsorientierung mit ihrer typischen Verklammerung von Handeln und Reflexion (Reinhardt 2012: 105-120) bietet sie Chancen zum Lernen, die ein nur auf Wissen gerichteter Unterricht vermutlich kaum bereitstellen könnte.

Die Juniorwahl ist für den einzelnen Schüler ein Event, d.h. ein seltenes interessantes Ereignis. Für die Schulen wäre sie bei ihrer Verbreitung aber kein Event, sondern ein Routinevorgang vor relevanten Wahlen, falls die nötige Unterstützung gewährleistet werden könnte. So wie das Prozentrechnen für jeden Jahrgang und immer wieder eine Lehr- und Lernaufgabe ist, so ist das Thema „Wahlen und Wählen“ für jede Schülerkohorte notwendig und die Lehre und das Lernen wären aller Unterstützung wert.

Für die empirische Bildungsforschung bleibt die Untersuchung von Effekten der Juniorwahl eine Aufgabe. Bremen und Baden-Württemberg haben einen forschungsmethodischen Rahmen vorgelegt und immerhin Indizien für die Wirksamkeit gezeigt (so ist meine Einschätzung, S. Rei). Jetzt wären eine theoretische Konzeption des Lernens, das durch eine Juniorwahl ge-

fördert werden könnte, und angemessene empirische Verfahren zu entwerfen. Weiterhin müsste für die Bewertung von Daten eine Vorstellung davon existieren, in wie weit Innovationen wegen ihrer (bloßen) Neuheit positiv eingeschätzt werden, also nicht unbedingt nachhaltig sind. Auch müsste der positive „bias“ in Lehrerurteilen über ihr eigenes Tun berücksichtigt werden. Und schließlich, und dies wäre eine Herkules-Aufgabe, müssten die Einzelschulen, ihre Juniorwahlen und der konkrete Unterricht differentiell diagnostiziert werden. Dann könnte die Frage der Wirksamkeit methodisch überzeugender, aber nur mit viel mehr Aufwand bearbeitet werden. Wegen der Schwierigkeiten des Feldzugangs wären die Landesinstitute für Leistungsmessungen bzw. Lernstandserhebungen geeignete Forschungsinstitute. Vielleicht kann dann eines Tages die Frage, ob und wie die Juniorwahl wirkt, beantwortet werden.

Literatur

- Burdewick, Ingrid (2011): Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Kontext moralischer Entwicklung und politischer Bildung. in: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.): Kritische politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung und Schwalbach/Ts., S. 351-364
- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja/Hanke-Crane, Catrin (2001): Schülerbefragung zur Juniorwahl 2001. Abschlussbericht August 2001 und Fragebogen. Unveröffentlichtes Manuskript, Stuttgart
- Habig, Markus (2011): Wahlergebnis in der Stadt Bremen nach Altersgruppen und Geschlecht. in: Statistisches Landesamt, S. 37-45
- Hoffmann-Lange, Ursula/de Rijke, Johann (2010): Argumente und Daten zur Herabsetzung des Wahlalters. in: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluta, Liane (Hg.): Partizipation von Kindern und

- Jugendlichen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung und Schwalbach/Ts., S. 77-96
- Kumulus e.V. (2012): Juniorwahl 2011 – ein Projekt zur Förderung der politischen Bildung. Abschlussbericht Juniorwahl parallel zu den Wahlen in Bremen und Bremerhaven 2011. Berlin: Kumulus-Manuskript
- Morgenstern, Jan (2011): Ein neues Wahlrecht für das Land Bremen. in: Statistisches Landesamt, S. 17-19
- Pötschke, Manuela/Probst, Lothar (und Studierende der Soziologie und Politikwissenschaft der Universität Bremen) (2007): Eine Studie zur Wahlbereitschaft von Jugendlichen. Ergebnisse aus der Begleitforschung zur Juniorwahl 2007 in Bremen. Berlin: Kumulus e.V.
- Probst, Lothar (2012): Externe Kommunikations- und Informationsprojekte zum neuen Wahlrecht. in: Probst, Lothar/Gattig, Alexander (Hg.): Das neue Wahlsystem in Bremen: Auswertung und Analyse der Kommunikationskampagne und der Wirkungen des neuen Wahlsystems. Bremen: Bremische Bürgerschaft, S. 32-37
- Reinhardt, Sibylle (2012): Politik-Didaktik. 4. überarbeitete Neuauflage. Berlin (zuerst 2005)
- Reinhardt, Sibylle (2013): Handlungsorientierung. in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. 4., vollständig überarbeitete Auflage (in Vorbereitung)
- Senatskanzlei der Hansestadt Bremen (2012): Pressemitteilung vom 17. Juli 2012, 5. Ausgabe
- Statistisches Landesamt Bremen (2011): Statistische Mitteilungen 113
- Szukala, Andrea/Krebs, Oliver (2013): Schüler als Wahlaufreuer – forschendes Lernen mit Experimenten zum Verhalten von Wählern. in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 2, S. 257-264.
- Wayand, Jürgen (2011): Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 22. Mai 2011. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse. in: Statistisches Landesamt, S. 11-16